

II- 2353 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 6. März 1969

No. 1160/4

A n f r a g e

der Abgeordneten M e l l e r , P e t e r , D r . S c r i n z i  
und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Unterricht,  
betreffend Ausfall an Unterrichtsstunden.

In der Anfragebeantwortung 950/AB. zu 917/J vom 17.12. 1968 hat der Herr Bundesminister für Unterricht ausgeführt, daß, abweichend vom Lehrplan, für die Schuljahre 1968/69 und 1969/70 eine Herabsetzung von 33 auf 31 Wochenstunden vorgeschrieben wurde. Außerdem verweist der Herr Unterrichtsminister für einen Bericht des Herrn Landesschulinspektors von Vorarlberg.

Die Anfragebeantwortung gibt nun Anlaß, einige weitere Klarstellungen zu verlangen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die

A n f r a g e :

- 1) Inwieweit wird durch die Herabsetzung der Wochenstundenanzahl das im Schulgesetzwerk angestrebte Ausbildungsziel an allgemeinbildenden höheren Schulen beeinträchtigt?
- 2) Auf welche gesetzliche Ermächtigung stützt sich die Vorschreibung über die Wochenstundenkürzung?
- 3) Welche Unterrichtsstunden sind in den vier Wochen des Monats Februar 1969 am Bundesgymnasium Bregenz ausgefallen und womit wird der Ausfall im einzelnen begründet?
- 4) Welche Abweichung ergibt sich unter Berücksichtigung der tatsächlich geleisteten Wochenstunden in den einzelnen Fächern gegenüber den im Lehrplan vorgesehenen Unterrichtsstunden?

Wien, 6.3.1969